



Markus Beckedahl - Welt im Netz Frag den Bundestag!



Bei Auskunftsanfragen zeigen sich der Bundestag und andere staatliche Institutionen oft wenig kooperativ.

(Foto: DPA)

Der Bundestag möchte Dokumente des wissenschaftlichen Dienstes weiter geheim halten. Das muss nicht sein. Bürger können diese jetzt anfragen und mit anderen teilen.

Wenn Bundestagsabgeordnete bestimmte Fragen haben, wenden sie sich an den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages. Dabei fallen regelmäßig interessante Analysen zu unterschiedlichen Fragen an, die manchmal auch der Öffentlichkeit in Form von Analysen oder Kurzgutachten zugänglich gemacht werden. In der Regel erfährt die Öffentlichkeit aber wenig über die durch unsere Steuern finanzierten Expertisen. Vor Jahren wurde der Wissenschaftliche Dienst einer größeren Öffentlichkeit bekannt, als herauskam, dass der frühere Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg Teile seiner Doktorarbeit von den Experten des Bundestages schreiben ließ. Er hatte einfach spezifische Fragen zum Thema seiner Doktorarbeit gestellt und die Antworten in sein Werk einfließen lassen.

Die Liste der rund 4000 vorliegenden Dokumente bietet reichlich Spekulationen, ob nicht mehr Bundestagsabgeordnete den Dienst für ihre Doktorarbeiten oder andere Zwecke als ihrer beruflichen Meinungsbildung genutzt haben. Interessant klingt zum Beispiel die Ausarbeitung "Zu den rechtlichen Möglichkeiten gegen das Nacktbaden auf einem benachbarten Grundstück". Dies wirft die Frage auf, ob das Ergebnis wirklich Einzug in die parlamentarische Arbeit gefunden hat – oder nur als Munition in einem privaten Nachbarschaftsstreit verwendet wurde.

Die Transparenzorganisation [Abgeordnetenwatch](#) wollte ein Gutachten über das Informationsfreiheitsgesetz erhalten und die legitime Anfrage wurde abgelehnt. Daraufhin klagte Abgeordnetenwatch und bekam in zweiter Instanz im Rahmen eines Widerspruchsverfahrens Recht. In der vergangenen Woche hat die Organisation eine Liste der Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes zwischen 2005 und 2015 veröffentlicht. Aber nicht die Dokumente selbst.

Seit rund zehn Jahren haben Bürger die Möglichkeit, mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes bei Behörden Dokumente zu erhalten. Das funktioniert mal mehr und mal weniger gut. Je nachdem, wie transparent eine Behörden gerne sein möchte, werden die Antworten auf legitime Anfragen verschickt - oder eben auch nicht. Eine einfache Möglichkeit von unserem Recht auf Informationsfreiheit Gebrauch zu machen, bietet die Transparenz-Plattform [fragdenstaat.de](#). Ohne sich mit den rechtlichen Grundlagen auseinander setzen zu müssen, kann man über die Plattform eine Informationsfreiheitsanfrage an eine Behörde stellen und dann auf eine Antwort warten.

Bei unserer Plattform [netzpolitik.org](#) machen wir regelmäßig Gebrauch davon. Immer häufiger stellen wir aber wie viele andere fest, dass einzelne Behörden massiv mauern und uns unser Recht absprechen wollen. Das wird dann mit teilweise absurden Begründungen abgelehnt - oder derzeit fast noch beliebter, legitime Anfragen mit hohen Verwaltungskosten abgeblockt. Wer nicht gerade oftmals hunderte Euro zur Verfügung hat, kann von seinem Recht oftmals nicht Gebrauch machen. Und bei einer absurden Ablehnung muss man klagen. Das kostet schnell tausende Euro, vor allem wenn man verliert. Und schnell sind die Verwaltungsgerichte auch nicht.

Jetzt ist dank Abgeordnetenwatch der Weg frei, beim Bundestag die Expertisen anzufragen, die häufig Grundlage für Entscheidungen unserer Abgeordneten darstellen und von unseren Steuergeldern finanziert angefertigt werden. Eigentlich sollte man erwarten, dass der Bundestag proaktiv diese Gutachten und Analysen der Allgemeinheit zur Verfügung stellt, zum Beispiel über seine Website. Tut er aber nicht. Abgeordnetenwatch und [fragdenstaat.de](#) rufen deshalb seit einer Woche Bürger dazu auf, sich im Rahmen einer Crowdsourcing-Kampagne an der Befreiung der Dokumente zu beteiligen. Machen Sie einfach mit: Gehen Sie auf [fragdenbundestag.de](#), suchen Sie sich ein Dokument aus. Fordern Sie es an und scannen Sie es anschließend ein, um es dann zu den anderen hochzuladen. Aus [fragdenstaat.de](#) wird dabei Helf dem Staat!